



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 6. Juli 1983

Décision

Decisione

1229

Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene vom 9./10. Mai 1983 unter Berücksichtigung der Resultate des nachfolgenden Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg (USA) vom 28. - 30. Mai 1983

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 22. Juni 1983  
 (Beilage)

Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom 28. Juni 1983 (Zustimmung)

Finanzdepartement. Mitbericht vom 23. Juni 1983 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :


1. Vom vorgelegten Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die allgemeinen Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene vom 9./10. Mai 1983 werden genehmigt.

Protokollauszug an:

- EVD 15 (GS 5, BAWI 10) zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EFD 7 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

AUSGETEILT

Bern, 22. Juni 1983

Geht nicht an die PresseAn den B u n d e s r a t

Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates  
 auf Ministerebene vom 9./10. Mai 1983  
 unter Berücksichtigung der Resultate  
 des nachfolgenden Weltwirtschafts-  
 gipfels von Williamsburg (USA) vom  
 28. - 30. Mai 1983

Der OECD-Rat hielt seine jährliche Tagung auf Ministerebene am 9./10. Mai 1983 am Sitz der Organisation in Paris ab. Die schweizerische Delegation wurde vom Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes geleitet. Die Traktandenpunkte betrafen Aussichten und Politik im makroökonomischen Bereich, Handelsfragen, Interdependenz (Nord-Süd-Beziehungen) und die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.

Der nachfolgende neunte Weltwirtschaftsgipfel vom 28. - 30. Mai, an dem die Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Grossbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschlands, Italiens und Japans (sowie Vertreter der Europäischen Gemeinschaft) vertreten waren, beschäftigte sich - was die Wirtschaft betrifft - mit den gleichen Themen.

Da die sieben Gipfelländer zugleich die wichtigsten Mitgliedstaaten der OECD sind und die Gipfelberatungen sich jeweils stark auf die Ergebnisse der vorgängigen OECD-Ministerkonferenz abstützen, werden die Resultate von Williamsburg nachstehend ebenfalls kurz gewürdigt.

## 1. Wirtschaftspolitik<sup>1)</sup>

Im Zentrum der Beratungen stand die Frage, wie die sich abzeichnende Wirtschaftserholung in den OECD-Ländern<sup>2)</sup> in einen dauerhaften und nichtinflationären Wirtschaftsaufschwung übergeführt werden kann. Die Minister einigten sich auf eine Reihe von Grundsätzen zur Führung der Wirtschaftspolitik sowie auf ein entsprechend der unterschiedlichen Ausgangslage differenziertes Vorgehen.

Bei den allgemeinen Richtlinien sticht die Empfehlung heraus, die Geld- und Budgetpolitik mittelfristig auszurichten und zu verstetigen, um einen möglichst transparenten Rahmen für die Wirtschaftstätigkeit zu schaffen. Leitlinien sollen eine anhaltende Kontrolle der Inflation und ein stetigeres reales Wirtschaftswachstum sein. Konkret wird vor allem die Ausnützung des durch den vielerorts raschen Rückgang der Inflation vergrösserten geldpolitischen Spielraums gefordert. Daneben wird der Behebung von strukturellen Schwachstellen bzw. Rigiditäten in der Wirtschaft besondere Beachtung zu schenken sein, wobei der positiven Strukturanpassung und der Arbeitsmarktpolitik sowie den Sozialpartnerbeziehungen besondere Bedeutung zukommen. Im Rahmen der mittelfristigen Ausrichtung der Politik kommt insbesondere der Verbesserung der internationalen Währungszusammenarbeit zur Schaffung stabilerer Wechselkursverhältnisse hohe Priorität zu. Hinsichtlich der länderweisen Rezeptur werden von den Ministern drei Gruppen unterschieden:

In einer Reihe von Ländern (USA, Japan, UK, BRD, etc.), die ca. 70 % des OECD-BSP auf sich vereinigen, ist die Inflation auf das Niveau der sechziger Jahre gesunken.

- 
- 1) Was die Energiepolitik anbetrifft, so wurden die diesbezüglichen Probleme an der IEA-Ministerkonferenz vom 8. Mai 1983, an der die Schweiz ebenfalls vertreten war, vertieft.
  - 2) Vgl. dazu unseren Antrag vom 27. April 1983 zur Ministerkonferenz, Abschnitt 21, Wirtschaftsaussichten.

Die strukturellen Voraussetzungen für eine Wirtschaftserholung haben sich nachhaltig verbessert. Mit einer mittelfristig ausgerichteten Geldpolitik sollen die Grundlagen für ein dauerhaftes Wachstum gelegt, zugleich aber ein Wiederaufflammen der Inflation verhindert werden. Unerlässliche Ergänzung bildet eine konsistente Finanzpolitik mit dem Ziel eines Abbaus der hohen strukturellen Budgetdefizite. Nur so wird letztlich ein Rückgang der immer noch hohen Realzinsen, eine Belebung der privaten Investitionen und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum realisiert werden können (dieser Passus dürfte vor allem für die USA gelten, wo die hohen Realzinsen auch für den zu starken Dollar verantwortlich gemacht werden). Allfällige staatliche Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft sollten investitionsorientiert sein.

In einer weiteren Ländergruppe (Frankreich, Italien, Kanada, etc.), die ca. 20 % des OECD-BSP ausmacht, sind die Teuerung zu hoch und die strukturellen Ungleichgewichte zu ausgeprägt. Die Geldpolitik hat straff zu bleiben, die strukturellen Budgetdefizite sind abzubauen und die Strukturschwächen zu beheben.

In den restlichen OECD-Ländern (insb. südeuropäische OECD-Länder) stellen sich besonders hartnäckige Strukturprobleme, die prioritär anzugehen sind. Diese Länder dürften von der internationalen Wirtschaftserholung in einer ersten Phase noch kaum profitieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die stabilitätsorientierten grossen OECD-Länder mit ihrem Eintreten für eine mittelfristig orientierte Geld- und Budgetpolitik sich an der Ministerkonferenz durchgesetzt haben. Versuche der nordischen Länder und Frankreichs, eine expansivere Wirtschaftspolitik der Länder in guter Ausgangslage hinsichtlich Preisstabilität und Zahlungsbilanz (wie Japan, BRD) zu verlangen, hatten keinen Erfolg.

Die Minister äusserten sich auch zum Problem der internationalen Verschuldung. Sie sprachen sich für einen Lösungsansatz

aus, der Anstrengungen der Schuldnerstaaten (Anpassung) und der Gläubigerländer (Weiterführung der unerlässlichen Anpassungsfinanzierung über private wie öffentliche Kanäle; Gewährleistung eines freien Marktzugangs) verbindet.

Die schweizerische Delegation hat sich mit der von der OECD vorgeschlagenen und im Communiqué niedergelegten mittelfristigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik einverstanden erklären können. Sie hat vor einer einseitig auf die Geldpolitik abgestützten Inflationsbekämpfung gewarnt, da diese auf die Dauer hohe Kosten (Zinsverteuerung, Abwürgen der Konjunktur) verursacht. Vielmehr muss die Geldpolitik durch eine glaubwürdige Budgetpolitik mit dem Ziel der dauernden Reduktion der öffentlichen Fehlbeträge ergänzt werden. Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist in drei Bereichen zu verstärken, um der Privatwirtschaft bzw. den Investoren das notwendige Vertrauen zurückzugeben: Währungspolitik (Schaffung stabilerer Wechselkursverhältnisse), Finanzbeziehungen (Finanzmittel für die Schuldnerländer, Anpassung letzterer), Handel (Offenhaltung des Handelssystems).

Auch in Williamsburg stand das Thema "Wirtschaftsaufschwung" klar im Vordergrund. Einigkeit bestand unter den Gipfelteilnehmern über die Priorität konsequenter Budget- und Geldpolitiken zur Verhinderung einer erneuten Inflationsbeschleunigung und zur weiteren Senkung der Zinssätze, damit durch die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit das Arbeitslosenproblem mittelfristig gelöst werden kann. Die Idee einer durch staatliche Ankurbelungsmassnahmen erzeugten Relance wurde offensichtlich begraben. Eine harte Auseinandersetzung fand jedoch über die amerikanische Fiskal- und Zinspolitik statt, indem die USA unisono von ihren Partnern beschuldigt wurden, durch ihre massiven Haushaltsdefizite die realen Zinsen hochzutreiben und den Höhenflug des Dollars zu verursachen, was wiederum die wirtschaftliche Erholung in den übrigen Ländern beeinträchtigt. Leider darf nicht

2) Vgl. dazu unseren Antrag vom 27. April 1983 zur Ministerkonferenz, Abschnitt 21, Wirtschaftsaussichten.

damit gerechnet werden, dass die Amerikaner in absehbarer Zeit zu einer disziplinierten Budgetpolitik zurückfinden werden. Im Währungsbereich konnte der Gegensatz in der Auffassung über die Nützlichkeit von Interventionen verbal zugedeckt werden, es dürfte sich aber an der bisherigen Praxis kaum viel ändern. Im Zentrum steht nach wie vor die Auffassung, dass stabile Wechselkursverhältnisse nur über eine vermehrte Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken zu erzielen seien. Die Möglichkeit einer internationalen monetären Konferenz zur Schaffung eines neuen Währungssystems wurde in einer nicht näher definierten Zukunft angesiedelt.

## 2. Handelspolitik

Den Ministern lag als Dokumentation ein Inventar des Handelskomitees der OECD über die 1982/83 ergriffenen handelsbeschränkenden Massnahmen vor. Die Konferenz schloss sich der dortigen Schlussfolgerung an, das Welthandelssystem habe den schweren Belastungen bisher recht gut standgehalten, sei aber doch ernstesten Erosionserscheinungen ausgesetzt. Protektionistische Massnahmen in der Form vor allem von sog. Grauzonenaktionen (Selbstbeschränkungsabkommen etc.), die ohne multilaterale Kontrolle bilateral vereinbart werden, sind im Zunehmen begriffen. Auch interne Hilfen aller Art schiessen ins Kraut.

Die Minister hielten fest, dass ohne eine Aufrechterhaltung und Stärkung des offenen multilateralen Handelssystems die erhoffte Wirtschaftserholung nicht zustandekommen wird. Sie sprachen sich entsprechend für ein Rückgängigmachen (Rollback) der insb. in den letzten Rezessionsjahren ergriffenen handelsbeschränkenden Massnahmen aus, wenn und je mehr sich der Wirtschaftsaufschwung konkretisiert. Der OECD-Generalsekretär soll Vorschläge unterbreiten, wie diese Entwicklung in der Organisation überwacht werden kann. Auch ist das handelspolitische Arbeitsprogramm des GATT und der OECD aktiv voranzutreiben.

Die schweizerische Delegation war ebenfalls davon überzeugt, dass ein Wirtschaftsaufschwung die Offenhaltung der Märkte voraussetzt. Die Rollback-Idee wird unterstützt, jedoch darf diese nicht fehlinterpretiert werden im Sinne, in Krisenzeiten seien protektionistische Massnahmen eigentlich erlaubt (Haltung, die bei der EG und Frankreich durchschimmert). Das offene Handelssystem hat einen konjunkturunabhängigen Eigenwert in unserer Wirtschaftsordnung. Die Schweiz rief energisch dazu auf, die offenen Substanzfragen im GATT einer Lösung zuzuführen. Auch äusserte sie sich zum Verhältnis OECD-Wirtschaftsgipfel, wobei letztere die notwendige Zusammenarbeit unter allen marktwirtschaftlichen Industrieländern in den bestehenden Wirtschaftsorganisationen nicht verdrängen sollten.

Die Gipfelteilnehmer nahmen eine prononciert antiprotektionistische Haltung ein. Nicht nur verpflichteten sie sich, dem Protektionismus Einhalt zu gebieten, sie wollen auch den progressiven Abbau (Rollback) der bestehenden Handelshemmnisse im Zuge der verbesserten Wirtschaftslage aktiv überwachen ("to monitor"). Dieses Engagement geht deutlich über die OECD-Communiqué-Sprache hinaus. Die laufenden Arbeitsprogramme im GATT und in der OECD wurden ausdrücklich unterstützt, ja es wird sogar die Lancierung einer neuen Liberalisierungsrunde im GATT mit spezieller Berücksichtigung des Nord-Süd- und des Süd-Süd-Handels in Vorschlag gebracht. Auch die Arbeiten im Dienstleistungs- und high-technology-Dossier sollen fortgeführt werden.

### 3. Interdependenz/Nord-Süd-Beziehungen

Kürzliche Studien in der OECD haben die Interdependenz zwischen Nord und Süd klar herausgearbeitet, wobei auch zwischen den einzelnen Problemkreisen (Finanzierung/Verschuldung - Handel-Entwicklung/Wachstum) ausgeprägte Wechselbeziehungen bestehen. Die Entwicklungsländer sind in jede weltwirtschaftliche Strategie angemessen einzubeziehen. Die erwartete Erholung der Weltwirtschaft wird deren Probleme lindern, aber nicht lösen. Viele

Länder werden weiterhin auf Sondermassnahmen der Entwicklungspolitik (Finanzhilfe, Rohstoffpreisunterstützung, Zollpräferenzen) angewiesen sein. Es ist zu hoffen, dass der Dialog mit den Entwicklungsländern an der kommenden UNCTAD VI so geführt werden kann, dass eine gemeinsame Analyse der Weltwirtschaftsprobleme und eine weitgehende Uebereinstimmung über die daraus zu ziehenden Konsequenzen resultieren.

Die schweizerische Delegation hat in ihrer Erklärung diese Haltung, wie sie auch im Communiqué figuriert, voll unterstützt, und namentlich die Interdependenz, die schwierige Lage der Entwicklungsländer, deren fortgesetzte Hilfsbedürftigkeit, den Beitrag des offenen Handelssystems und von Rohstoffabkommen sowie einer konstruktiven UNCTAD VI, die in konkrete Sachverhandlungen in den zuständigen Gremien mündet, betont.

Die Verschuldungskrise stellte auch in Williamsburg einen wichtigen Gesprächsgegenstand dar. Zu deren Bewältigung wurde die Bedeutung wirksamer Anpassungspolitiken in den Schuldnerländern, angemessener privater und öffentlicher Finanzflüsse, offenerer Märkte und eines allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs hervorgehoben. Die Gipfelländer wollen eine rasche Ratifizierung der Quotenerhöhungen in IMF und GAB anstreben und empfehlen eine engere Koordination zwischen IMF, Weltbank und GATT. Sie verpflichteten sich zudem, die der IDA zugesagten Beiträge vollumfänglich zu entrichten. Die Dialogbereitschaft der Blockfreien (New Delhi) und der Gruppe der 77 (Buenos Aires) wurde gelobt und erwidert, dies vor allem im Hinblick auf die UNCTAD VI.

#### 4. Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

In Ausführung eines Mandats der letztjährigen Ministerkonferenz hat die Organisation eine gründliche wirtschaftliche Analyse der Handels- und Finanzbeziehungen zur UdSSR und den andern osteuropäischen Ländern unternommen. Die Minister notierten die schwächere Dynamik dieser Wirtschaftsbeziehungen im Ver-



gleich zu denjenigen zu den marktwirtschaftlich ausgerichteten Ländern. Ost-West-Handels- und Kreditbeziehungen sollten nach Grundsätzen des Marktes erfolgen; finanzielle Vorsicht ist geboten und eine Vorzugsbehandlung soll nicht erfolgen. Die spezifischen Probleme im Verkehr mit Staatshandelsländern sind im Auge zu behalten. Die Organisation soll sich weiter mit der Analyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen befassen.

Die Schweizer Delegation stimmt der Weiterführung der Ost-West-Arbeit in der OECD in rein wirtschaftlicher Perspektive zu. Vier Arbeitsbereiche drängen sich dabei auf: Die Praxis der Kompensationsgeschäfte, die Aussenverschuldung der Ostländer, die Konkurrenz der Ostländer im Dienstleistungsbereich und die Auswirkungen der Wirtschafts"reformen" des Ostens auf die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.

Die USA, welche das Ost-West-Thema für die Ministerkonferenz in Vordergrund stellen wollten, taktierten an Ort und Stelle sehr geschickt. Staatssekretär Shultz befürwortete eine wirtschaftlich folgerichtige Betrachtungsweise und nahm so den an Osteuropa angrenzenden OECD-Staaten den Wind aus den Segeln, die sich bis zuletzt gegen irgendwie geartete gemeinsame Schlussfolgerungen gewehrt hatten.

Nachdem das Ost-West-Thema in der OECD geschickt entschärft worden war, spielte es in Williamsburg praktisch keine Rolle mehr. Auch dieses Kapitel wurde in die regulären multilateralen Wirtschaftsorganisationen relegiert.

##### 5. Gesamthafte Würdigung

Die diesjährige Ministerkonferenz hat vor allem erneut ermöglicht, die Standpunkte der einzelnen OECD-Länder in wichtigen Bereichen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit besser kennenzulernen, was im Vorfeld kommender internationaler Wirtschaftskonferenzen (Williamsburger Gipfel, UNCTAD VI) nützlich war.

Die Ministerkonferenz war nicht nur als wichtige Vorbereitungs-  
etappe für den Weltwirtschaftsgipfel von Ende Mai von Bedeutung,  
sondern auch als eigenständiges Ereignis. Sie hat gezeigt, dass  
im Zuge der Rezession und des allseits beschränkten Handlungs-  
spielraums die marktwirtschaftlichen Industrieländer die Reihen  
eher wieder enger geschlossen haben, wobei die Aussicht auf ei-  
nen erneuten Aufschwung zur Entspannung der Fronten beigetragen  
haben dürfte. Auch Frankreich scheint sich wieder besser zu in-  
tegrieren und betont die Bedeutung der OECD, die immerhin von  
Präsident Mitterrand indirekt als Forum benützt worden ist zur  
Lancierung seiner Idee einer neuen Weltwährungskonferenz. Die  
von allen Seiten gezeigte Mässigung hat es beispielsweise auch  
erlaubt, das Communiqué ohne grossen Zeitaufwand und Schwierig-  
keiten - immerhin unter Einsatz der Minister selbst - zu berei-  
nigen. Entscheidend wird nun allerdings nicht die verbal ge-  
zeigte Kompromissbereitschaft sein, sondern die effektive Durch-  
setzung von Wirtschafts- und Handelspolitiken in den OECD-Län-  
dern, die mit dem Ziel eines Uebergangs zu einem dauerhaften  
und nichtinflationären Wachstum wirklich kompatibel sind.

Das 9. Gipfeltreffen in Williamsburg erhielt eine überraschend  
politische Note wegen der gemeinsam verabschiedeten Erklärung  
zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Was den wirtschaftlichen  
Teil anbelangt, war der diesjährige Gipfel - ganz im Gegensatz  
zum Versailler Treffen 1982 - durch ein hohes Mass von Harmonie  
und Konvergenz der wirtschaftspolitischen Grundauffassungen ge-  
kennzeichnet. Im Handelsbereich wurden der Abbau protektioni-  
stischer Massnahmen sowie die Bedeutung des GATT in erfreulicher  
Weise ins Zentrum gerückt. Die substanzmässige Vorbereitung  
durch die OECD-Ministerkonferenz erwies sich dieses Jahr als be-  
sonders nützlich.

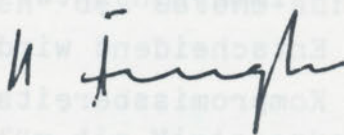
\* \* \*

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir den

### A n t r a g

1. Vom vorstehenden Bericht Kenntnis zu nehmen.
2. Die allgemeinen Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene vom 9./10. Mai 1983 zu genehmigen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



### Beilagen

- Analyse der OECD-Ministerkonferenz durch Botschafter Zwahlen
- Erklärungen der Schweiz, Schlusscommuniqué der OECD-Ministerkonferenz
- Schlusserklärung des Wirtschaftsgipfels von Williamsburg

### Protokollauszug an

- EVD 15 (GS 5, BAWI 10)
- EDA 5
- EFD 5